

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Anzeigerblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif und verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelseite Preitsseite oder deren Raum 15 Pfg., die Doppelseite Beilagenseite 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Adressangaben unentgeltlich geschieber oder durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Dienstag, den 17. Juni 1930

32. Jahrg.

Wir bitten um
Einreichung der Rechnungen
für Lieferungen zum **Heimat- und Kinderfest** bis spätestens 18. d. Mts.
Kemberg, den 14. Juni 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Die programmatische Erklärung, mit der das Reichskabinett vor der Öffentlichkeit trat, enthält alle Forderungen, die in den letzten Tagen die Gemüter aus heftigste Bewegung, die Entscheidung und Zustimmung darüber ist in allen Kreisen überaus groß.
Zum ersten Male hat die Regierung der Sowjet-Union die Bereitschaft der deutschen Forderung anerkannt, daß sie sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse der besetzten Nation einmischen dürfe.
Wieder hat der Hausabend seine mahnende Stimme erhoben und Wege gezeigt, die eine Senkung der öffentlichen Ausgaben bezwecken, ohne die Substanz der Wirtschaft gänzlich zu ruinieren.

Die Aufgaben des Reichstags.

Mitte April hat der Reichstag eine Viertelmilliarde Mark neuer Steuern und Ausgaben bewilligt und im Juni soll er weitere Dreiviertel Milliarden Mark an Steuern und Ausgaben bewilligen. Die Beträge, die man vom Parlament verlangt, wachsen allmählich etwas so schnell an, und die Kritiker, die für die parlamentarische Prüfung dieser Anforderungen übrig bleiben, werden allmählich etwas zu kurz. Gewiß — im Frühjahr hatte man viel Zeit für die Steuerberatungen. Aber der eigentliche Teil dieser Beratungen ging doch in wenigen Tagen vor sich, in wenigen Tagen wurde das Deckungsprogramm wieder und wieder umgestaltet, so daß zum Schluß niemand eine Lebensfrist darüber hatte, ob die geplanten neuen Steuern wirklich die Erträge bringen würden, die man von ihnen erwartete. Damals ging es nur um eine Viertelmilliarde. Soll jetzt das gleiche System der überhäufelten Beratung für den dreifachen Betrag, für Steuern und Ausgaben in Höhe von etwa 3/4 Milliarden angewandt werden? Die Reichsregierung will dem Parlament gegenüber wiederum das Druckmittel der Reichstagsaufschiebung anwenden. Es ist gewiß nicht zu bebauern, wenn die parlamentarische Entscheidungsfähigkeit, die ja in manchen Parteilagen sehr langsam zustande kommt, durch einen gewissen Druck der Regierung etwas gelockert wird. Aber dieses Druckmittel, das in den Händen der Regierung ist, darf nicht dazu benutzt werden, eine ausgesprochen schlichte finanzpolitische und finanztechnische Arbeit zu fördern.

Der Eindruck einer solchen — vorläufig gelagert — nicht übermäßig gründlichen Ausarbeitung der neuen Steuer- und Abgabengesetze läßt sich leider bei den Entwürfen, die das Kabinett jetzt veröffentlicht hat, nicht vermeiden. Man will ein Notopfer vom Einkommen der Beamten und Selbständigen erheben. Aber bis vor wenigen Tagen war man sich in den weiteren politischen Kreisen, die für die Beurteilung dieser Maßnahmen schließlich entscheidend sind, noch nicht klar darüber, ob dieses Notopfer vom Brutto- oder vom Netto-Einkommen erhoben werden soll. Man kamte noch nicht genau den Kreis von Steuerpflichtigen, den es erfassen soll. Man war sich über die Erhebungsmethoden noch nicht im klaren — wobei bei dem eigentlichen Notopfer, noch bei der nebenher laufenden Einkommensteuer. So ist eine Beurteilung auch der großen Grundlinien dieser neuen Gesetze bisher den verantwortlichen Gesetzgebenden Faktoren noch nicht möglich gewesen. Sie werden die Gesetzentwürfe frühestens in der nächsten Woche kennen lernen, wenn sie dem Reichsrat zugehen, und sie werden von da ab bis zu dem Termin, den die Regierung für die Verabschiedung angesetzt hat, nur etwa drei Wochen Zeit haben. Drei Wochen für eine Steueraufgabe von Dreiviertelmilliarden! Für eine Steueraufgabe, die zusammen mit den vordaherigen Steuern und mit der Veränderung von 200 Millionen Reichsbesitz in Gestalt von Reichsbahnaktien etwa 10 Prozent der gesamten Haushaltsrechnung ausmachen.

Dabei muß zur Beurteilung der politischen Situation in Rechnung gestellt werden, daß die Regierung Sondersteuern gegen bestimmte Personenzreise vorzuzieht. Die Einführung von Sondersteuern ist immer eine überaus bedenkliche Maßnahme, und sie erscheint überhaupt nur möglich, wenn vorher sehr eingehend geprüft wird, ob die anderen, auf den betroffenen Personenzreisen bereits ruhenden Lasten die Durchföhrung der Sonderbelastung überhaupt noch möglich erscheinen lassen. Für diese Prüfung will man anscheinend überhaupt nicht Zeit lassen. Ein anderes, sehr bedenkliches

Moment, kommt hinzu, und die Reichsregierung schlägt die Beschaffung neuer Einnahmen vor. In den drei bis vier Wochen, die für die Beratung dieser Einnahmen übrig bleiben, soll aber gleichzeitig nach der Haushaltsrechnung vom Reichstage verabschiedet werden, also die Bewilligung der Ausgaben. Die parlamentarische Arbeit vom Haushaltsplan hat diesmal ohnehin in großer Höhe vor sich gehen müssen. Man hatte in der zweiten Sitzung für die wichtigsten Etats der einzelnen Ministerien im günstigsten Falle vier Tage Zeit, in denen man sich gerade über die politischen Fragen unterhalten konnte, in denen es aber kaum möglich war, die finanztechnischen Fragen durchzuprüfen, um zu kontrollieren, wo Ausreicherlichkeiten werden könnten. Wenn jetzt der Reichstag mit der Bewilligung eines neuen Steuerbudgets von dreiviertel Milliarden Mark beschäftigt wird, entsetzt die Gefahr, daß die Haushaltsberatungen noch härter beeinträchtigt werden. Denn die gleichen Parlamentarier, die Sachverständige für die Steuerfragen sind, sind doch auch Sachverständige für die Ausgabenbeileite des Haushaltsplans, und sie werden von den Steuerberatungen so stark in Anspruch genommen sein, daß sie für die Haushaltsberatungen kaum noch zu Verfügung stehen.

Es kann als unermesslich betrachtet werden, daß in der Zeit zwischen Mitte April und Mitte Juni ein Deckungsbedürfnis in Höhe von dreiviertel Milliarden Mark entstanden ist. Wenn man aber diesen Betrag aufbringen mußte, und wenn für die Beratung der Aufbringungsmittel nur ein so kurzer Zeitraum zu Verfügung stand, so hätte man doch nach anderen Methoden suchen müssen. Es wird vom Reichstag zu verlangen sein, daß er sehr eingehend geprüft, ob nicht statt der ungerechten Sonderbelastung einzelner Kreise von Steuerpflichtigen, große allgemeingültige Maßnahmen getroffen werden können, bei denen mindestens die Gefahr einer letzten Ungerichtigkeit geringer ist, und die zu ergänzen wären durch ebenso großzügige Sparmaßnahmen. Auf den Gedanken aber, dem neu entstandenen Defizit (somit von der Einnahmen- wie von der Ausgabenbeileite zu Leibe zu gehen, ist man an den amtlichen Stellen anscheinend überhaupt nicht gekommen. Die Notwendigkeit, schnelle finanzielle Hilfe zu schaffen wird dem Reichstag nicht von der Pflicht befreit dürfen, die Rechnungen des Finanzministers sehr genau nachzuprüfen, und ihm bessere Deckungsmöglichkeiten zu zeigen, als er selbst sie gefunden hat.

Sparvorschlag der Reichsminister.

Aufwandsentschädigungen — Kraftwagen.
Berlin, 14. Juni.

Das Reichskabinett hat sich mit einem Vorschlage des Reichsfinanzministers befaßt, der eine Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen der Reichsminister vorschlägt.

Nach der Bescheidungsordnung schätzte der Reichsanwalt 45 000 Mark im Jahr und der Reichsminister 36 000 Mark. Bedingtlich der Reichsminister sieht sich besser als die übrigen Reichsminister, da er nach dem Etat für 1930 39 600 Mark erhält. Es erhalten außerdem der Reichsanwalt 18 000 Mark an Aufwandsentschädigungen und jeder Reichsminister erhält 4800 Mark Aufwandsentschädigung im Jahr. In diesen Aufwandsentschädigungen soll also nun künftig gespart werden. Dieser Vorschlag soll wohl zum Ausdruck bringen, daß die Reichsminister die Sparmaßnahmen auch persönlich und praktisch verwirklichen wollen. Der gute Wille ist zu loben, doch ist es mit den Einparungen an Aufwandsentschädigungen nicht getagt. Es sind derartige sachliche Forderungen im Etat verzeichnet. Es ist z. B. überaus interessant, die Summen für Unterhaltung der Kraftfahrzeuge in den Ministerien zu vergleichen.

An der Spitze steht das Reichswehrministerium mit einer Anforderung von 27 445 Mark. Merkwürdigerweise folgt dann gleich das Reichsarbeitsministerium, das für Kraftwagenfahrten im Jahr 20 250 Mark ausgibt, davon sind allerdings 10 000 Mark als künftig wegfallend bezeichnet worden. Das Reichsverkehrsministerium fordert 20 200 Mark an, außerdem aber 7100 Mark für einen „beamten-eigenen“ Kraftwagen für die Kraftfahrabteilung. Das Reichsfinanzministerium benötigt 19 050 Mark und das Reichsministerium 12 090 Mark für seine zwei Dienstkraftwagen.

Dazu kommen aber noch 28 Personentransportwagen im Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung und 25 Personentransportwagen im Bereich der Zollverwaltung. Bei der gesamten Finanzverwaltung werden für Kraftwagenfahrten im Jahr 367 350 Mark ausgegeben.

Die Summe für Kraftwagenfahrten im Reichspostministerium ist der Einfachheit halber überhaupt nicht angegeben.

Die Ausgaben für Kraftwagen erschöpfen sich nun allerdings nicht nur bei den Ministerien, sondern sie gehen auch auf die nachgeordneten Stellen über. Ein Beispiel dafür ist der Logar der Reichsparlamentarier, für den in diesem Jahr ein Kraftwagen im Betrage von 15 000 Mark verlangt wird. Es ist nach unserem bescheidenen Ermessen gewiß nicht zuviel verlangt — wenn schon einmal mit Sparmethoden begonnen werden soll — daß an diesen Stellen zunächst einmal der Anfang gemacht wird. Auch wäre es interessant, wenn das Reichspostministerium seine Kraftfahrpläne freudlich ebenfalls der Öffentlichkeit zur Kritik unterbreiten wollte.

Eine Rede Severings.

Die SPD. richtet sich auf Neuwahlen ein.
— Erfurt, 14. Juni.

Der ehemalige Reichsinnenminister Severing hielt hier in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede, in der er sich u. a. auch mit der Politik des Kabinetts Brüning befaßte. Der Redner gab zu, daß es Deutschland augenblicklich schlecht gehe. Daran sei jedoch nicht die Erfüllungspolitik der Republik schuld. Ohne die Erfolge dieser Erfüllungspolitik, die ohne den „Dammbruch“, hätte das Reich jetzt nicht nur 700 Millionen durch Steuern zu decken, sondern noch weitere 700 Millionen, die dann nach dem Dammbruch mehr hätten aufgebracht werden müssen. Wenn man die Regierung Müller nicht an der weiteren Tätigkeit gehindert und die Finanzplanung hätte vornehmen lassen, wäre der Fehlbetrag gar nicht erst entstanden. Drei Monate seien inzwischen ungenutzt verfloßen.

Welt schlimmer als die Steuererhöhungen sei jedoch die allgemeine Beunruhigung durch die Verödung der Hausbauverpflichtung. Die Regierung Müller hätte den Hausbau bis Ende März fertigstellen und wäre mit gewissen Finanzen weitergegangen. Nun aber sei gar nicht abzusehen, wann die Finanzen wieder in Ordnung kommen würden. Durch die Döhlke würden dem föbrigen Deutschland 130 bis 150 Millionen Mark genommen.

Gewiß müßte der Landwirtschaf geholfen werden, das habe die Sozialdemokratie nie geleugnet. Aber man höre sie immer zu spät. Jetzt sei inzwischen ein Danaoschiff entstanden. Severing schloß mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie den nächsten Reichstagsprogramm ihre Zustimmung nicht geben werde; sie wolle sich auf Neuwahlen einrichten.

Wieder ein Junctionim.

Die Sitzung des Reichskabinetts.
— Berlin, 15. Juni.

Bei Beginn der Sitzung des Reichskabinetts sprach der Reichsanwalt Dr. Brüning dem anwesenden Reichsankpräsidenten Dr. Luther den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluß des auf Grund des Haager Abkommens getätigten Anleihen geführt haben.

Der Reichsfinanzminister sprach sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, der das Reichskabinett einstimmig zustimmte. Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Defizitlosigkeit in den Jahren des nächsten Finanzprogramms der Reichsregierung einzufügen.

Ziel dieser Politik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen.

Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, sie in erheblichem Umfange gemindert werden kann. Zu diesem Zwecke ist:

das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Döhlke dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Befähigung der Arbeitslosigkeit zu vermitteln.

Durchgreifend übernommen werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen.

Das Reichskabinett beschloß sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Erparnis getroffen hat.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres vor der Belegung frei werdender Plankstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abland zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Le-



denstleistung zu kommen, bezieht das Reichsabst. auf 20 Prozent der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verfahren.

Die Not der Zeit erfordert sofortiges Handeln. Deshalb fällt die Reichsregierung jetzt an der Notwendigkeit der sofortigen Erhebung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsunterlagen und des Entzuges einer Reform der Krankenversicherung.

Der heute vom Reichsabst. verabschiedet wurde. Dieser Entwurf bezweckt den Ausgleich der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten. Das Reichsabst. ist für sich selbständig, dem Reichstage überträgt am Reichstage im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Erparnisse können nach Lage der Dinge zur Zeit nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalkosten, Vorgegangen wird.

Für diese Erparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als wie die vom Reichsabst. beschlossene Reduktion der Festbeträge. Auch die in gesicherter Lebensstellung befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden.

Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und würden den Gedanken des Pretsabst. und der Verringerung der Arbeitslosigkeit entgegen.

Die Reichsregierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie die Verberzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Einmütig angenommen.

Das Offizialgesetz im Reichsrat.

Berlin, 15. Juni.

Die Reichsratsausschüsse beantragen die Annahme der Regierungsvorlage sowie eine Entschädigung, in der die Regierung ersucht wird, möglichst bald weitere Mittel zur Förderung des Baus von Eisenbahnen im östlichen Grenzgebiet zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter der Provinz Preußen, Freiherr von Gahl, führte aus, die Vorlage bringe nur eine Teilung der Differenz. Dem ersten Schritt müßten weitere folgen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Der Vertreter der Provinz Oberschlesien behauptete, daß Obereschlesiens besondere Notlage im Gesetz nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Das werde offensichtlich in den Ausführungsbestimmungen nachgeholt werden. Der Vertreter Niederschlesiens schloß sich für seine Provinz dieser Erklärung an.

Hierauf wurde das Offizialgesetz einmütig, das Gesetz über die Abhängigkeit bei Samenhaltung Bagens angenommen. Angenommen wurde auch die Ausschüßenschießung über Eisenbahnbauten.

Reichsrat befürwortet Weisheitsgesetz.

Der Reichsrat stimmte ferner der Ergänzung des Hausgesetzes für 1930 zu, die durch die Grenzrisse notwendig geworden ist. Dabei fand ein Antrag des Vertreters der Rheinprovinz Annahme, wonach ein Weisheitsgesetz zum Ausgleich der Befähigungsschäden vorgelegt werden soll, und zwar so rechtzeitig, daß es unmittelbar im Anschluß an die Disziplin erlassen werden kann.

Zulimmungen fand auch das neue Weingesez, das verjährte Bestimmungen über den Namenschutz und den Verzicht auf ausländischen Weinen bringt. Annahme fand auch eine Entschädigung der Reichsratsausschüsse, wonach die Regierung ersucht wird, in den Ausführungsbestimmungen die Auffrischung von Deszertweinen zu verbieten. Gleichfalls angenommen wurde ein preussischer Antrag, das Verbot des Verzehrs deutscher mit ausländischen Weinen zu verhängen.

Das Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungsanwartschaften wurde dem Reichsrat nach einmal an die Reichsratsausschüsse zurückverwiesen. Nachdem der Reichsrat nach dem Gesetzentwurf zugestimmt hatte, wurden die Bestimmungen über die Liquidierung des Umlaufes von Rentenbankfaktoren und über die Erhebung der Deutschen Rentenbankfaktoren-Anstalt geändert werden. vertaate er sich bis zum 21.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gerz Rothberg.

41. Fortsetzung

„Mein“, sagte Ethel plötzlich entschlossen, „auf deinen Tod wird Karl Heinz nie warten. Wieder sagt er dir offen, daß du ihn freizugeben sollst. Aber natürlich ist kein Herz noch fest, ich glaube das bestimmt. Aber ist es denn nicht Gottes Fügung, daß wir beide uns kennen lernen mußten? Wie leicht findet ihr euch doch noch? Soll ich ihm mitteilen, daß du hier bist, Jutta?“

„Nein, nein. Das würde doch alles über den Haufen stoßen. Unerwartet soll Karl Heinz mich selber lernen. Sonst will ich ihm nie vor die Augen treten. Was hätte das wohl für einen Zweck? Er würde mir aus Mitleid Liebe zeigen, die er nicht fühlt. Sein Mitleid aber kann ich nicht ertragen. Niemals. Dazu liebe ich meinen Gatten zu sehr; lieber will ich ihn dann gar nicht sehen.“

Ethel betrachtete Jutta erregt. Ein erregter Ausdruck lag in ihren Augen. „Sei eine große Liebe trägt dich mit dir herum, und kein Mensch hat eine Ahnung? Wie tragisch das alles ist, Jutta. Du liebst deinen Gatten mehr als dein Leben und hast ihn doch nie persönlich gesehen! Ich muß wohl deinen Art befolgen. Ich werde also von deinem Besuch und überhaupt unserer Freundschaft nichts schreiben. Aber einen Menschen müssen wir einweisen.“

„Wen?“ fragte Jutta erschrocken.

„Stern Professor von Salzen. Er ist Herr von Eshingens bester Freund.“

Juttas Augen wurden groß. „Salzen? Salzen?“ murmelte sie leise. „Er liebt mich nicht grüßen.“

„Er ist der Mann, den ich liebe“, sagte Ethel.

„Jutta armarte sie herzlich. „Dank dir für deine Offenheit und dein Vertrauen, liebe Ethel. Wir wollen Schwärmen sein.“

Herzlich küßten sich die beiden schönen Geschöpfe.

Erfreuliche Fortschritte.

Bericht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Berlin, 15. Juni.

Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer veröffentlichen folgenden Bericht über ihre gemeinsamen Bemühungen:

Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krise der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstorganisation der Wirtschaft der Preisbildung, der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, und damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, behandelt.

Ungeachtet der selbstverständlichen Verschärftheit der Standpunkte sind sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen, zu nützlichen Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Die Polen-Schäden-Verordnung.

Zur Durchführung der Entschädigung.

Berlin, 15. Juni.

Der Reichsfinanzminister hat den gelegentlichen Körperschaften den Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Entschädigung auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zugeleitet. In der Verordnung heißt es u. a.:

Der sich nach Abzug der Vorkleistungen von der Entschädigung ergebende Betrag (Zahlungsbetrag) wird nebst 5 vom Hundert jährlichen von 15. April 1930 an laufenden, halbjährlich nachträglich zu erhöhen und jeweils am 15. April und 15. Oktober fälligen Zinsen als Schuldverschuldung für den Betrag der Entschädigung an Ertrüben des Polen-Schädenkommissars in das Reichsschuldbuch eingetragen.

Der Polen-Schädenkommissar kann zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts eine Beweisaufnahme und jeberzeit das persönliche Erscheinen des Betroffenen anordnen. Die Beweiserhebung kann durch den Kommissar selbst oder ein zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigtes Mitglied der Vergleichs- oder Spruchabteilung erfolgen, auch kann eine andere Behörde, um ihre Normative erlischt werden. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit einem Ertrüben des Kommissars um Rechtshilfe zu entsprechen, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Behörden am Sitz des Kommissars dürfen um Vernehmungen nicht erjudt werden.

Keine Revision der Friedensverträge

Zuletz über Briand-Plan.

Warschau, 15. Juni.

Außenminister Zaleski sprach in Krakau über Briand-Plan Europa-Denkchrift. Zaleski ist der Ansicht, daß eine politische und wirtschaftliche Verständigung und Föderation Europas nur dann möglich sein könne, wenn in der künftigen Union die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen aller beteiligten Staaten gleichmäßig gewertet und berücksichtigt werden. Die Union müßte gleichmäßig den Wohlstand aller Völker des Festlandes dienen.

Wenn gewisse Politiker und ihre Presse im Zusammenhang mit Briand-Denkchrift die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge hervorzuheben trachten, so sei ihre Handlungsweise mit einer Vorbereitung des ganzen Planes gleichbedeutend. Nur im Rahmen des gegenwärtigen europäischen Systems könne man an die Verwirklichung eines wirklichen Zusammenlebens der Völker denken. Man müsse wahrhaftig oder ungemünzt leistungsfähig sein, wenn man glaube, daß mit dem Gedanken der Abänderung der bestehenden Verträge der Idee einer Verständigung Europas ein Dienst erwiesen werden könne. Polen werde an der Verwirklichung des Briand'schen Planes eifrig mitarbeiten. Es werde sich aber nicht damit einverstanden erklären, wenn der Plan zu seinen Ungunsten ausgenutzt werden solle.

Beimahlungszwang für Roggen.

Verhängung des Brotgesetzes.

Berlin, 14. Juni.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie die Sicherung eines ausreichenden Roggenpreises für Roggen aus neuer Ernte mit allen Mitteln versuchen wird, insbesondere auch, daß der Einfuhrschleusen für Roggen weiter beibehalten werden soll.

Unter der Sicherung mit allen Mitteln ist neben der Beibehaltung des Einfuhrschleusen die weitere Abgabe von verbleibendem Goh-Roggen und die Wiederevergabe des Brotgesetzes zu verstehen. Das Brotgesetz soll durch einen Beimahlungszwang für Roggen verhängt werden, derart, daß zu jedem Brot ein Mindestmaß von Roggenmehl zugelegt werden muß. Die Regierung beabsichtigt nicht, die Verschärfung von sich aus vorzunehmen, sie wird vielmehr sich für einen entsprechenden Antrag der Reichsministerien einsetzen. Ueber die Höhe des zu beantragenden Beimahlungsmaßes ist noch nicht endgültig entschieden, man spricht von 30 bis 40 Prozent. Die Verabschiedung des Brotgesetzes im Reichstag soll nach der des Etats, aber noch vor den großen Sommerferien des Reichstages erfolgen.

Reichswehr und Saarfrage.

Verhandlungen im französischen Senat.

Paris, 15. April.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten will den Ministerpräsidenten und die übrigen Regierungsmitglieder über die die französische Außenpolitik beherrschenden Fragen hören, die in eine mehr oder weniger kritische Debatte eintreten könnten. Unter diesen Fragen scheint dem Ausschuß die Frage in Metz und Elsaß Europa die dringendste zu sein. Die Senatoren de Souvenel und Berenger sind beauftragt worden, hierfür einen Fragebogen aufzustellen.

Nach einem Meinungsaustausch, an dem u. a. Poincaré und Millerand teilnahmen, ersuchte der Ausschuß den eifrigsten Senator Ecard und Senator Ordinaire, einen eingehenden Bericht über die wirtschaftliche Gegenwart und zukünftige Zukunft des Saargebietes vorzulegen. Der Ausschuß hat ferner einen Bericht des Senators Ecard über das Budget der Reichswehr entgegengenommen.

Die Senatoren General Bourgeois und de Souvenel haben eine Reihe von Bemerkungen und Erläuterungen hierzu gemacht.

Eine erschreckende Befestigungsstatistik.

Drei Militärgerichte verhängen 1000 Jahre Freiheitsstrafen. 7325 Verurteilungen.

Landau, 15. Juni.

Nach dem Material, das über die Sitzungen der drei Militärgerichte in der Pfalz (Kriegsgericht Landau, Militärpolizeigericht Landau und Militärpolizeigericht Kaiserslautern) amtlich gesammelt wurde, ergibt sich ein erschreckendes Zahlenbild über die Tätigkeit dieser drei Gerichte. Rund tausend Jahre Freiheitsstrafen und rund 250 000 Mark Geldstrafen wurden verhängt. In der Pfalz sind vom 1. Dezember 1922 bis Ende Mai 1930 7325 Verurteilungen ausgesprochen worden, die insgesamt außer drei Fällen, in denen auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt wurde, auf fünf Monate Zwangsarbeit, 30 Tage Zuchthaus, 836 Jahre, elf Monate und 15 Tage Gefängnis und 258 156 M. und 36 974 Franken an Geldstrafen oder entsprechendes Freiheitsstrafen lauten.

Nicht berücksichtigt sind dabei jene Geldstrafen, die während des Währungsverfalls verhängt wurden und die in der Umrechnung in Goldmark auch noch eine ganz ansehnliche Summe erreichen. Die Gesamtzahl der Verurteilungen vermehrt sich noch durch die Fälle, deren Verhandlungen nicht bekannt geworden sind.

Böllige Ausöhnung zwischen Carol und Helena.

Antark, 15. Juni. Ein völliger Ausgleich ist nunmehr zwischen König Carol und Prinzessin Helena erreicht worden. Die gesamte Königsfamilie hat sich gelegentlich eines Festens im Schloss Carreant verarmet. Das Wohl soll den Charakter eines Befestigungsfestes gehabt haben. Der Ausgleich zwischen König Carol und Prinzessin Helena wird in erster Linie auf die Ausgleichsbemühungen der früheren Königin Elisabeth von Griechenland zurückgeführt.

Sie zum Aelter und machte eine tiefe Verbeugung. Ethel schritt schnell hinein, Galden folgte ihr und schloß die Tür.

Signorina Teresina aber schluppste in ihre Klöße. Es gab heute ihr Selbstgericht, gebadene Polpenstücke. Während sie noch ismaulte, dachte sie kauernd darüber nach, wie lange das noch dauere, dachte sie kauernd darüber nach, wie lange das noch dauere, dachte sie kauernd darüber nach, wie lange das noch dauere.

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich. „Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

Jutta und Hanne sollten über Nacht dableiben. Es gab ja noch so unendlich viel zu erzählen.

Jutta fühlte ein süßes Glitz im Herzen. „Wenn es möglich wäre?“

Professor von Salzen fand in seinem Arbeitszimmer. Er war eben von einem ersten besinnlichen Spaziergang nach Hause gekommen und hatte den weißen Arbeitsstittel bereits wieder übergezogen.

Ein Arbeitstuecher angelegten befehte ihm. Bald aber wollte er Ethel fragen. Ein Jahr lang konnte er nicht mehr warten. Er nahm den Weisel in die Hand.

Der ehemals so lustige, leichtsinnige Fritz war ein ernster Mann geworden. Er, der früher geliebt hatte, er könnte ohne Abenteuer und ohne Weiber nicht existieren, er war in den Augen seiner Kollegen ein stiller, geheimer Mann.

Das geliebte Mädel war ehemals ein Sportfreg durch und durch. Und nun war es ein ernstes junges Weib geworden. Und gefiel sie ihm noch viel mehr. Er konnte sich kein größeres Glück denken, als sie als geliebtes Weib an seiner Seite zu leben.

Salzen armete tief auf. Bald, bald wollte er sich Gewißheit holen.

Da klingelte es.

Er hörte, wie seine Birne öffnete. Er hörte auch den erkannten Ausruf der Signorina, welche strenge Anweisung von ihm hatte, keine Dame mehr über die Schwelle zu lassen.

Die Signorina war zuerst nicht wenig perplex. Denn so etwas war sie doch von ihrem lebenslustigen Mieter nicht gewöhnt. Aber es blieb dabei, sie mochte die schwarzen Augen noch so weit aufziehen.

„Ahn hätte Salzen, wie seine Getreue die Dame energig abwies. Plötzlich erkannte er die Stimme und stürzte nach der Türe.

„Verzeihen, meine Gnädigste, ich konnte ja nicht ahnen. Welch eine unverschaffte Freudel Witte!“ Er öffnete weit die

Aus der Heimat und dem Reich

Regensburg, den 16. Juni 1930

Sommer-Saison-Ausverkauf. Die diesjährigen Sommer-Saison-Ausverkaufsveranstaltungen dürfen nach einer Mitteilung der Industrie- und Handelskammer zu Halle in der Zeit vom 1. Juli bis 15. August höchstens auf die Dauer von drei Wochen durchgeführt werden. Von einem Leser unserer Zeitung wurde uns ein Roggenhalm übermittel, der die seltene und fruchtige Länge von 2,42 m aufwies.

Bad Schmiedeberg. Die Angelegenheit des Sparassens-Neubaus, die in letzter Zeit so viel Veranlassung zu Erörterungen in der Öffentlichkeit gab, ist durch einen neuen Beschluß der Stadtverordneten nunmehr endgültig zum Abschluß gebracht worden. Dem Neubau wurde unter bestimmten Bedingungen mit 9 gegen 4 Stimmen und 2 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung erneut zugestimmt, jedoch der Ausführung nunmehr nichts mehr im Wege steht.

Düben, 13. Juni. Der 23jährige Dachdecker Ernst Bette und der 20jährige Dachdecker Willi Augustin, beide aus Torna, verunglückten gestern Abend gegen 10 Uhr an der roten Brücke auf der Straße Düben-Torna mit dem Motorrad. Das Motorrad streifte zunächst einen hinter der Brücke aufgefahrenden Steinbauern, überfuhr einen zweiten, stürzte in den Straßengraben und fuhr mit aller Wucht gegen einen Baum auf. Fahrer und Sozius wurden vom Nabe gekleidet. Bette erlitt einen schweren Schädelbruch, während sein Mitfahrer Augustin das Genick brach. Beide waren sofort tot.

Störmenitz, 13. Juni. Ueber die Fehninger Flur, die bestehende 100000 Volt-Leitung, die das Kraft- und Lichtwerk in Gröbers-Schmiede mit Störmenitz verbindet. Nach der Fertigstellung dieser Leitlinie ist ein großzügiger Plan verwirklicht worden. Der Großkraftwerk in Mitteldeutschland sind nun miteinander verbunden und gefährlichen somit eine getriggerte Stromlieferung.

Dejau. 50-jähriger Waldbrand. Zwischen Dejau und Zanten entstand ein großer Waldbrand, der rund 40 Morgen Waldfläche vernichtete. Man rechnete mit einem weitgehenderen Waldbrand ebenso auf dem umliegenden Gelände der Sprengstoffwerke in Klein-Sandowitz. Man ermittelte, dass ein unvorsichtiger Arbeiter die Ursache war. Die Sprengstoffwerke sind nun wieder in Betrieb.

Bitterfeld. Herzschlag bei einem Kraftwagenfahrer. Zwischen Zwickau und Bitterfeld fuhr ein Kraftwagenfahrer in der Nähe von Bitterfeld gegen einen Baum. Der Fahrer wurde sofort tot. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

Grünhainichen. Ein neuer Fall Schindler? Zu der unser Leser L. ... berichtet, gebracht wurde, wurde von der Bauverwaltung anerkannt. Die Abrechnung wurde heute noch aufrecht. Die Abrechnung der Prüfungskommission ist dem Oberleiter nicht anerkannt worden. Ueber die Abrechnung wurde schließlich Entscheidung angefallen.

Eilenburg. Selbstmord führt in den Tod. Ein tödliches Unfalls ereignete sich am 13. Juni in Eilenburg. Ein Arbeiter wurde von einem Wagen überfahren. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

Sandersdorf. Luftmordversuch. Die jugendliche Arbeiterin Marie F. wurde abends auf dem Heimweg von dem Arbeiter F. ... in Sandersdorf in einem Kornfeld geschleppt. Sie wurde verletzt und verhaftet. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

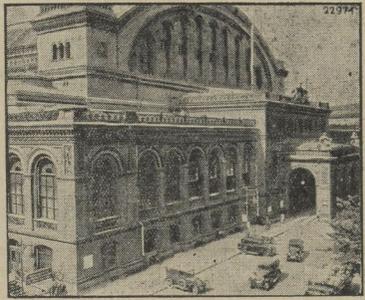
Aöthen. Erkrankung durch Schwelgas. Durch die von den Braunkohlenwerken ausgehenden Gasen ist in der letzten Zeit eine ganze Anzahl Personen erkrankt. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

Hoflau. Schäden durch Chlorgas. Durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters konnte beim Unfall von Hoflau ein Schaden von 2000 Mark entstehen. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

Burg. Zum Mord in Bielefeld. Die ärztliche Untersuchung der Leiche der Witwe Ludow in Bielefeld ergab, dass sie an Herzschwäche gestorben ist. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

Lübeck. 39 Todesopfer in Lübeck. Nach dem vom Lübecker Gesundheitsamt herausgegebenen Bericht ist die Zahl der gestorbenen Säuglinge auf 39 erhöht.

Görlitz. Im Brunnen betäubt und ertrunken. Ein schwerer Unfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich in Görlitz-Moos. Dort waren der 40jährige Gärtnermeister Jacob und der 23jährige Arbeiter Kreischer mit dem Brunnenreparaturwerkzeug, als sie von giftigen Gasen, wahrscheinlich Zinnmonat, angefallen und betäubt wurden. Beide stürzten in den Brunnen und ertranken. Ein Gärtnerlehrling, der den beiden zu Hilfe eilen wollte, wurde ebenfalls von den Gasen auf der Stelle zu Boden geworfen, er konnte aber durch den Sauerstoffapparat der inzwischen eingetroffenen Sanitätskolonne zum Leben zurückgerufen werden. Er wurde dem Krankenhaus übergeben. In den beiden anderen Vermissten sind alle Wiederbringungsversuche erfolglos. Die Leichen konnten durch die Feuerwehr geborgen werden.



Auch der Anhalter Bahnhof feiert Jubiläum. Am 15. Juni sind 50 Jahre vergangen, daß der Anhalter Bahnhof seine Pforten geöffnet hat. Es ist bemerkenswert für die Reichs-Eisenbahn, daß er noch heute als einer der besten und architektonisch schönsten Bahnhöfe der Reichsbahnstadt gelten kann.

B. C.-Tagung für die Bestimmungsmenjur. Bad Nauheim. Der B. C. Verband der Turnerschaften auf deutschen Boden, der zur Zeit in Bad Nauheim tagt und sich dem 25. Juni anheben, hat in seinen Beratungen zur Frage der Bestimmung der Bestimmungsmenjur eine einstimmige Beschl. gefasst, die die Bestimmungsmenjur als eine der Bestimmungsmenjur zu betrachten. Die Bestimmungsmenjur ist eine der Bestimmungsmenjur zu betrachten. Die Bestimmungsmenjur ist eine der Bestimmungsmenjur zu betrachten.

Dr. Fried in Chemnitz. In der hier abgehaltenen nationalsozialistischen Wählerversammlung sprach als Hauptredner der führende Chemnitz-Mitglied Dr. Fried. Er führte in a. aus, daß die Bestimmungsmenjur eine der Bestimmungsmenjur zu betrachten. Die Bestimmungsmenjur ist eine der Bestimmungsmenjur zu betrachten. Die Bestimmungsmenjur ist eine der Bestimmungsmenjur zu betrachten.

Zum Raubüberfall auf den Kassenboten Leipzig. Die ununterbrochen fortgesetzten kriminalpolizeilichen Ermittlungen zur Feststellung der Raubbanden haben bisher leider zu keinem Erfolg geführt. Vom Raubüberfall auf den Kassenboten Leipzig sind die beiden Täter noch nicht gefasst worden.

„Graf Zeppelin“ in Münster. Münster, 16. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das gestern morgen um 8 Uhr in ... abhob, ist heute ... in Münster angekommen. Die Besatzung besteht aus ...

Schwere Zusammenstöße in Göttra. Zwei Tote. Leipzig, 16. Juni. Am Sonntag ... in Göttra zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die aus Anlaß der Wahlkampfkampagne entstanden.

Anfall eines Militärarabes. Berlin, 16. Juni. Zwischen Göttra und Dörfel ist ein Luftstraßenwagen der 2. Kompanie der 15. Artillerie-Abteilung, die kurz vor dem Truppenübungsplatz Dörfel befindet, infolge Materialverfalls rückwärts ins Rollen geraten. Ein Gefreiter wurde durch den Unfall, sich durch ... retten zu überfahren und in seinen Verletzungen erlegen. Die weiteren Angehörigen der 2. Kompanie wurden leicht verletzt.

Autounfall bei Berlin

Berlin, 16. Juni.

Ein mit drei Berliner Mergern besetztes Auto geriet bei Wandschlag beim Überholen ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Das Auto wurde zertrümmert und begrub die Insassen unter sich. Die Verletzungen der Insassen sind schwer. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

Sonnenswende. Waldbrand bei Hagerswerda. Ein großer Waldbrand wütete nordöstlich von Bernsdorf im hiesigen Forst, der zur Gemeinde Schwarzkopf gehört. Das Feuer war gegen 3 Uhr nachmittags an zwei verschiedenen Stellen ausgebrochen, so daß Brandstiftung vermutet wird. Gegen Abend konnten die Flammen zum Erliegen gebracht werden. Es sind etwa 200 Morgen Kiefer- und Fichtenbestand vernichtet worden. Die Feuerwehren der umliegenden Orte sowie Arbeitslose wurden zur Bekämpfung des Brandes herangezogen.

Waldheim. Selbstmord. Der bei seinem Vater bei Ullrich wohnende 23-jährige O. aus Hamburg stürzte sich von der Dietrichsbrücke und war sofort tot. Die Ursache wurde nicht ermittelt.

3600 Burgen im Deutschen Reich.

In einem Bericht über neue Ausgrabungen an vor- und frühgeschichtlichen Befestigungen in Nord- und Ostdeutschland teilt der Direktor bei den Staatlichen Museen zu Berlin, Dr. Wilhelm Ullrich, mit: Raum ein Teil Deutschlands dürfte so zahlreiche vor- und frühgeschichtliche Befestigungen aufweisen wie das große, trotz seines einheitlichen Geländeeindrucks im einzelnen vielfältige Tiefland östlich der Elbe. Eine erste Zählung, die vor kurzem stattfand, hat hier das Vorhandensein von rund 3600 Burgen in dem heutigen Gebiet des Deutschen Reiches ergeben. Dieser Bestand ist durch den modernen landwirtschaftlichen Betrieb mit seiner intensiven Bodenbearbeitung, die immer größere Ackerparzellen von Bodensiden seitens der Industrie und die vermehrte Bautätigkeit auf dem Gebiete des Verkehrswezens dauernd gefährdet. Ein durch aus ländlicher geistlicher Schutz erleichtert die Zerstörung dieser erdbrüchigen Denkmäler der nationalen Frühgeschichte. Die Zerstörung am Schlossberg bei Burg im Spreewald, dem größten der märkischen Burgwälde, durch den Bau der Spreewaldbahn und die fast restlose Vernichtung der Hildesburger umweh Wollmühle bei der Anlage des Mittelalters hätten leicht vermieden werden können. Angehts dieser Tatsachen ist im April 1927 auf Anregung der Baltischen Kommission in Kiel, der beteiligten Fachkreise und der Völkergemeinschaft der Deutschen Wissenschaft eine Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der nord- und ostdeutschen vor- und frühgeschichtlichen Wall- und Befestigungsanlagen gegründet worden. Ihr Ziel ist, die vor- und frühgeschichtlichen Befestigungen vom Stromgebiet der Elbe bis zur Weichsel und Memel nach einheitlichen Grundsätzen und Methoden zu erforschen und damit die Aufgaben der Siedlungsforschung in diesen Gebieten planmäßig zu fördern. Sie legt sich aus den zuständigen berufsmäßigen Trägern der Forschung zusammen. Es ist eine Bestandsaufnahme der in Frage kommenden Befestigungsanlagen in Aussicht genommen. Neben dieser wissenschaftlichen Tätigkeit hat die Arbeitsgemeinschaft aber bereits an einer Reihe von besonders gefährdeten Punkten den Spaten angelegt. Untersuchungen seitens der Völkergemeinschaft der deutschen Wissenschaft, des Reichsministeriums des Innern, des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der unmittelbar beteiligten lokalen Stellen haben hier die Rettung wertvollen wissenschaftlichen Materials für die deutsche Vor- und Frühgeschichte zuzulassen in letzter Minute ermöglicht.

Anwetter im Reich.

Schwerin. Schwere Gewitter zogen über Mecklenburg hinweg, die an verschiedenen Stellen Brandstiftungen verursachten. In dem Dorf Wüdersdorf wurde ein Wohnhaus mit dem hiesigen Wirtschaftsgelände durch Blitzschlag eingestürzt. In Barkow wurden zwei Wirtschaftsgelände eines Bauernhofes gleichfalls von Blitzschlag vernichtet. Weiter schlug der Blitz in eine Scheune in Wülfen. Auf der Feldmark der Ortsgemeinde Neu-Göllin wurde eine Hofbestimmung durch Blitzschlag zerstört. Die Gewitter waren von volkreuchartigen Regenfällen und Hagelgeschauern begleitet.

Wollenbruch und Hagelschlag im Kreise Wehlar. Wehlar. Ueber dem westlichen Teil des Kreises Wehlar, namentlich über den Orten Stöckhausen, Districhen und Tiefenbach, entloh sich ein fürchterliches Unwetter. Ein heftiges Gewitter, schwerer Wollenbruch und starker Hagel schlugen richteten auf den Feldern, in den Dörfern und an den Gebäuden schweren Schaden an. In allen drei Ortsteilen wurde die Ernte vollständig vernichtet. Auf den Feldern und in den Dörfern und Geröll in harter Schicht. Viel Vieh ist ertrunken. Der Schaden ist sehr groß, was um so mehr ins Gewicht fällt, als nur wenige Landwirte gegen Hagelschlag versichert sind. In Districhen stürzte eine Scheune ein. Die Straße Stöckhausen-Districhen war zeitweilig durch Geröll und Schlamm vollkommen gesperrt; der Verkehr war vollständig stillgelegt.

Deutschland verbraucht zu wenig Drucksachen.

Obwohl die Leistungsfähigkeit des deutschen Druckgewerbes in technischer und künstlerischer Beziehung kaum von einem anderen Land übertraffen wird, ist der Verbrauch an Drucksachen, gemessen an der Einwohnerzahl Deutschlands, geringer als der in England, Frankreich, den nordischen Ländern und vor allen Dingen in Amerika. Es gibt in Deutschland immer noch viel zu viel Geschäftsleute, die den Werbemittel der Drucksache unterschätzen und bezüglich des Bekanntheit sich so weit. In der Drucksache einer Werbendrucke kann der Empfänger die wirtschaftliche Tätigkeit, den Geschäftsmann und die Leistungsfähigkeit des Bekanntheit erkennen. Es ist nicht immer richtig, wenn behauptet wird, daß das gesprochene Wort mehr Erfolg hat als das gedruckte. Das gesprochene Wort verfliegt, das gedruckte bleibt. Die nachträgliche Wirkung einer gedruckt aufgemachten, geschmackvoll ausgestatteten Notiz ist unerschütterlich. Von diesen wirtschaftlichen

Förderungsmitteln wird in Deutschland zu wenig Gebrauch gemacht. Vor allen Dingen ist der deutsche Handwerker der Druckfadenreflektoren noch viel zu wenig näher gekommen. Auch die Druckfaden für den täglichen Gebrauch — Briefbogen, Umhüllungen, Karten — werden vom Handwerker vielfach noch für entbehrlich gehalten. Man begnügt sich mit den primitivsten Mitteln und versteht ganz, das heute ein Geschäft ohne diese Dinge keine Bedeutung erhalten kann.

Bücher- und Zeitschriftenwesen.

Seine Kugel Frau — Deia, die Jungfrau — Kette, dein Kind — Zwei Leben in — und noch fünf andere spannende Geschichten enthält die eben erschienene Juni-Nummer der beliebten "Wahren Erzählungen" (Verlag Dr. Sello-Göster U. G., Berlin SW 68). Das interessante Heft ist zum Preise von 50 Pfg. überall zu haben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 6. Juni 1930 hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 276,4 Mill. RM auf 1971,7 Mill. RM verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten ist um 239,7 Mill. RM auf 4572,7 Mill. RM zurückgegangen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 53,8% in der Vormode auf 57,3%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 61,1% auf 65,6%.

In der allgemeinen Wirtschaftslage ist während der Berichtszeit keine Besserung eingetreten.

Die auf den Stichtag des 4. Juni 1930 berechnete amtliche Großhandelsindex der Reichsstatistik beträgt 125,1% gegen 125,2% in der Vormode. Im Monatsdurchschnitt hat sich der Großhandelsindex im Mai auf 125,7% gegen 126,7% im April gelockert.

Am Arbeitsmarkt verlangsamt sich das Tempo des Arbeits-

losenrückganges immer mehr. Insbesondere hat auch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft erheblich nachgelassen. Die Zahl der bei den Arbeitsspartern in Mitteldeutschland verfügbaren Arbeitskräften hat sich in der zweiten Maihälfte nur um etwa 5000 auf rund 245.000 verringert, während der Rückgang in der ersten Monatshälfte noch etwa 12.000 betrug.

Die Sparanlagen bei den deutschen Sparkassen stiegen im April 1930 um 86 Mill. RM auf 9724 Mill. RM; in der gleichen Zeit erhöhten sich die Depositionen, Giro- und Kontokorrentanlagen um 64 Mill. RM auf 1792 Mill. RM.

Am Geldmarkt blieben die Zinssätze für Tagesgeld unverändert niedrig. Die Nachfrage nach Provinzbanknoten war wieder sehr reger, jedoch lag der Satz um 1/2% auf 3 1/2% für beide Seiten ermäßigt.

Dienstag abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde
im Bürgeraal
Prediger Westermann-Bittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen

Festschrift z. Heimatfest

ist noch eine kleine Anzahl vorhanden und zum Preise von 30 Pfennig zu haben.

Die Festschrift dürfte besonders allen auswärtigen Kembergern, die an der Teilnahme am Heimatfest verhindert waren, willkommen sein.

Richard Arnold, Leipzigerstr.

Wiese

in der Gadiyer Förste, 1 1/2 Morgen zu verpachten
Wittenberger Neumarkt 5

Hermann Leue
Gartenbau - Betrieb
Anerkannte Lehrwirtschaft empfiehlt:

Ia. Wirsingkohl
zart und weich
Kohlrabi, Rhabarber usw.

Ferner alle Arten
Gemüsepflanzen
wie Kohl, Majoran, Porree und Sellerie.

Alle Arten
Blumpflanzen
für Friedhof, Fensterkästen und Gärten.

Blühende
Topfpflanzen
Zur Zeit **Riesenvorrat** in herrlichen Schnittblumen wie **Rosen, Nelken** u. s. w. sehr preiswert.

1 1/2 Morgen
Wiese
zu verpachten

Wilhelm Fiedler, Leipziger Str. 29

Apfelwein

naturreine Ware
Flasche 45 Pfennig

Apfelsüßmost
Flasche 85 Pfennig

empfehlen **Rudolf Huhn**

Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

1 Los 3,— RM.

Ziehung am 19. August 1930

3600 Gewinne im Gesamtwerte von 100000 RM

Kein Gewinn unter 5 RM

Sehr gute Gewinnaussichten

zu haben bei

Richard Arnold, Buchdruckerei

Stellen-Anzeigen

für den

Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spelenzuschlag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Inflationslage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenanzeigen und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen. • Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Ferkel

verkauft

P. Rischke, Durgstraße 14

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgame

Anfertigung künstlicher Zähne in Kaufschmelze, Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützzähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Wiese

ca. 1/2 Morgen groß, zu verpachten

J. G. Glaubig

Prima frisches

Rindfleisch frische Flecke

empfiehlt **Willi Räß**

Morgen Dienstag

frisch, Schnellfleisch

in Eispackung. Garantiert leberfrische Ware auch bei heißester Sommerzeit.

Paul Mierschke

Ca. 40 Zentner

gutes Pferdeheuen

und

eine Jubre Hegerheuen

hat billig abzugeben

Schröder, Wartenburg 47

Ferkel und Stroh

hat zu verkaufen

Scheide, Pannigkau

Wer verkauft

Bohn- od. Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonst. Betriebe, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angebote an **G. Wllh. Varentin, Samburg, Gledengiesherwall 16**

Bruchleidende

Jetzt wird Ihnen geholfen unter Garantie in den schwersten Fällen durch das

Opel-Bruchband ohne Feder

seit kurzer Zeit über 34.000 mit bestem Erfolg in Gebrauch.

Rabel- und Leibbinden jeder Art

Herr Krause, Fernerswalde bei Herzberg/Görlitz schreibt: Mein Bruch durch Ihr Bruchband in 4 Monaten verheilt.

Kommen Sie bitte zu mir, ich zeige Ihnen meine Wulstern umsonst ohne jede Verbindlichkeit für Sie in **Kemberg, Wittwoß**, den 18. Juni, morgens von 8-12 Uhr Hotel Palmbaum.

Willy Faiß, Bandagenspezialist, Görlitz

Elisabethstraße 3

beliefern **Schneidermeister** u. sonstige **Interessenten**, die Laden oder Stagen-Geschäft einrichten wollen, zu günst. Beding. Ang. näherer Verhältnisse **unbedingt** erbeten **Off. B R G 887**, Ma-Annoncen-Expedition, Berlin W 35

Prima Rind- und Hammelfleisch

frische Flecke

empfehlen **Richard Krausemann Nachf.**

Allen, die an dem Festspiele „Kleinstadtzauber“ mitgearbeitet,

herzlichen Dank

Die Spielleiter

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Alliiertes Unterhaltungsblatt". - Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. - Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik u.ä. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltspalte Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegungsgebühr: 10.- M., das Zehnmal, zusätzlich Polzeigebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Dienstag, den 17. Juni 1930

32. Jahrg.

Wir bitten um Einreichung der Rechnungen für Lieferungen zum Heimat- und Kinderfest bis spätestens 18. d. Mts.

Kemberg, den 14. Juni 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Die programmatische Erklärung, mit der das Reichskabinett vor die Öffentlichkeit trat, enthält alle Forderungen, die in den letzten Tagen die Gemüter aufs heftigste bewegten. Die Entschiedenheit und Bestimmtheit darüber ist in allen Kreisen überaus groß.

* Zum ersten Male hat die Regierung der Sozialdemokratie die Berechtigung der deutschen Forderung anerkannt, daß sie sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse der betreffenden Nation einmischen dürfe.

* Wieder hat der Reichstag seine mächtigste Stimme erhoben und Wege gezeigt, die eine Senkung der öffentlichen Ausgaben bedeuten, ohne die Substanz der Wirtschaft gänzlich zu ruinieren.

Die Aufgaben des Reichstags.

Mitte April hat der Reichstag eine Viertelmilliarde Mark neuer Steuern und Ausgaben bewilligt und im Juni soll er weitere Dreiviertel Milliarden Mark an Steuern und Ausgaben bewilligen. Die Beträge, die man vom Parlament verlangt, wachsen allmählich etwas zu schnell an, und die Kritiker, die für die parlamentarische Prüfung dieser Anforderungen übrig bleiben, werden allmählich etwas zu kurz. Gewiß — im Frühjahr hatte man viel Zeit für die Steuerberatungen. Aber der eigentliche Teil dieser Beratungen ging doch in wenigen Tagen vor sich, in wenigen Tagen wurde das Deckungsprogramm wieder und wieder umgeändert, so daß zum Schluß niemand eine Uebersicht darüber hatte ob die geplanten neuen Steuern wirklich die Einnahmen bringen würden, die man von ihnen erwartete. Damals ging es nur um eine Viertelmilliarde. Soll jetzt das gleiche System der überhasteten Beratung für den dreifachen Betrag, für Steuern und Ausgaben in Höhe von etwa 1/2 Milliarden angewandt werden? Die Reichsregierung will dem Parlament gegenüber wiederum das Druckmittel der Reichstagsauflösung anwenden. Es ist gewiß nicht zu behaupten, wenn die parlamentarische Entscheidungsfähigkeit, die ja in manchen Parteienkreisen sehr langsam aufsteht, durch einen gewissen Druck der Regierung etwas gelockert wird. Aber dieses Druckmittel, das in den Händen der Regierung ist, darf nicht dazu benutzt werden, eine ausgesprochen flüchtige finanzielle und finanztechnische Arbeit zu fördern.

Der Eindruck einer solchen — vorfristig gesagt — nicht übermäßig gründlichen Ausarbeitung der neuer Steuer- und Abgabengesetze läßt sich leider bei den Entwürfen, die das Kabinett jetzt verabschiedet hat, nicht vermeiden. Man will ein Notopfer vom Einkommen der Beamten und Festbediensteten erheben. Aber bis vor wenigen Tagen war man sich in den weiteren politischen Kreisen, die für die Beurteilung dieser Maßnahmen schließlich entscheidend sind, noch nicht klar darüber, ob dieses Notopfer vom Brutto- oder vom Netto-Einkommen erhoben werden soll. Man kannte noch nicht genau den Kreis von Steuerpflichtigen, den es erfassen soll. Man war sich über die Erhebungsmethoden noch nicht im klaren — weder bei dem eigentlichen Notopfer, noch bei der nebenher laufenden Ledigensteuer. So ist eine Beurteilung auch der großen Grundlinien dieser neuen Gesetze bisher den verantwortlichen gesetzgebenden Faktoren noch nicht möglich gewesen. Sie werden die Gesetzentwürfe frühestens in der nächsten Woche kennen lernen, wenn sie dem Reichstag zugehen, und sie werden von da ab bis zu dem Termin, den die Regierung für die Verabschiedung angegeben hat, nur etwa drei Wochen Zeit haben. Drei Wochen für eine Steueranfrage von Dreiermilliarden für eine Steueranfrage, die zusammen mit den vorläufigen Steuern und mit der Veräußerung von 200 Millionen Reichspfennig in Gestalt von Reichsbanknoten etwa 10 Prozent der gesamten Haushaltsrechnung ausmachen.

Dabei muß zur Beurteilung der politischen Situation in Rechnung gestellt werden, daß die Regierung Sonderverleihen gegen bestimmte Personenkreise vor schlägt. Die Einführung von Sondersteuern ist immer eine überaus bedenkliche Maßnahme, und sie erscheint überhaupt nur möglich, wenn vorher sehr eingehend geprüft wird, ob die anderen, auf den betreffenden Personenkreis bereits ausübenden Steuern die Durchführung der Sonderbelastung überhaupt noch möglich erscheinen lassen. Für die Prüfung will man anscheinend überhaupt nicht Zeit lassen. Ein anderes, sehr bedenkliches

Moment, kommt hinzu, und die Reichsregierung schlägt die Beschaffung neuer Einnahmen vor. In den drei bis vier Wochen, die für die Beratung dieser Einnahmen übrig bleiben, soll aber gleichzeitig noch die Haushaltsrechnung vom Reichstage verabschiedet werden, also die Bewilligung der Ausgaben. Die parlamentarische Arbeit vom Haushaltsplan hat diesmal ohnehin in großer Eile vor sich gehen müssen. Man hatte in der zweiten Lesung für die wichtigsten Etats der einzelnen Ministerien im günstigen Falle vier Tage Zeit, in denen man sich gerade über die politischen Fragen unterhalten konnte, in denen es aber kaum möglich war, die finanziellen Fragen durchzuprüfen, um zu kontrollieren, ob Zusatzerentwürfe werden könnten. Wenn jetzt der Reichstag mit der Bewilligung eines neuen Steuerbuletts von dreiviertel Milliarden Mark beschäftigt wird, entzieht die Gefahr, daß die Haushaltsberatungen noch kürzer beeinträchtigt werden. Denn die gleichen Parlamentarier, die Sachverständigen für die Steuerfragen sind, sind doch auch Sachverständige für die Ausgabenbeiträge des Haushaltsplans, und sie werden von den Steuerberatungen so hart in Anspruch genommen sein, daß sie für die Haushaltsberatungen kaum noch zur Verfügung stehen.

Es kann als unermesslich betrachtet werden, daß in der Zeit zwischen Mitte April und Mitte Juni ein



18 000 Mark an Aufwandsentschädigungen und jeder Reichsminister erhält 4800 Mark Aufwandsentschädigung im Jahr. In diesen Aufwandsentschädigungen soll also nun künftig gepart werden. Dieser Vorstoß soll wohl zum Ausdruck bringen, daß die Reichsminister die Sparmaßnahmen auch persönlich und praktisch verwirklichen wollen. Der gute Wille ist zu loben, doch ist es mit den Einparungen an Aufwandsentschädigungen nicht getan, so lange bezerrig sachlich hohe Forderungen im Etat verzeichnet sind. Es ist z. B. überaus interessant, die Summen für Unterhaltung der Kraftfahrzeuge in den Ministerien zu vergleichen.

An der Spitze steht das Reichswehrministerium mit einer Anforderung von 27 445 Mark. Merkwürdigerweise folgt dann gleich das Reichsfinanzministerium, das für Kraftwagenfahrten im Jahr 20 250 Mark ausbleibt, davon sind allerdings 10 000 Mark als künftig wegfallend bezeichnet worden. Das Reichsverkehrsministerium fordert 20 200 Mark an, außerdem aber 7100 Mark für einen „beamten-eigenen“ Kraftwagen für die Kraftfahrabteilung. Das Reichswirtschaftsministerium benötigt 19 050 Mark und das Reichsfinanzministerium 12 090 Mark für seine zwei Dienstkraftwagen.

Dazu kommen aber noch 26 Personenkraftwagen im Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung und 25 Personenkraftwagen im Bereich der Zollverwaltung. Bei der gesamten Finanzverwaltung werden für Kraftwagenfahrten im Jahr 367 350 Mark ausgegeben.

Die Summe für Kraftwagenfahrten im Reichspostministerium ist der Einfachheit halber überhaupt nicht angegeben.

Die Ausgaben für Kraftwagen erschöpfen sich nun allerdings nicht nur bei den Ministerien, sondern sie gehen auch auf die nachgeordneten Stellen über. Ein Beispiel dafür bietet sogar der Reichsparlamentarier, für den in diesem Jahr ein Kraftwagen im Betrage von 15 000 Mark verlangt wird. Es ist nach unserem bestehenden Ermessen gewiß nicht zurecht verlangt — wenn schon einmal mit Sparmaßnahmen begonnen werden soll — daß an diesen Stellen zunächst einmal der Umfang gesamt wird. Auch wäre es interessant, wenn das Reichspostministerium seine Kraftfahrpläne freudlich ebenfalls der Öffentlichkeit zur Kritik unterbreiten wollte.

Eine Rede Seeverings.

Die SPD. richtet sich auf Neuwahlen ein.

— Eutin, 14. Juni.

Der ehemalige Reichsinnenminister Seevering hielt hier in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede, in der er sich u. a. auch mit der Politik des Reichs getts Brünning befaßte. Der Redner gab zu, daß es Deutschland augenblicklich schlecht gehe. Daran sei jedoch nicht die Erfüllungspolitik der Republik schuld. Ohne die Erfolge dieser Erfüllungspolitik, also ohne den Youngplan, hätte das Reich jetzt nicht nur 700 Millionen durch Steuern zu decken, sondern noch mehrere 760 Millionen, die dann nach dem Dawes-Plan mehr zinsen aufgebracht werden müßten. Wenn man die Reichsregierung nicht an der weiteren Zäsur festhalten und die Finanzsanierung hätte vornehmen lassen, wäre der Selbstbetrog durch sich erst entworfen. Drei Monate seien inzwischen ungenützt verfloßen.

Weit schlimmer als die Steuererhöhungen sei jedoch die allgemeine Benurteilung durch die Berichtigung der Haushaltsverabschiedung. Die Regierung Müller hätte den Haushalt bis Ende März fertiggestellt und wäre mit gefunden Finanzen weitergegangen. Nun aber sei gar nicht abzusehen, wann die Finanzen wieder in Ordnung kommen würden. Durch die Zäsur würden dem übrigen Deutschland 130 bis 150 Millionen Mark genommen.

Gewiß müßte der Landwirtschaft geholfen werden, das habe die Sozialdemokratie nie geleugnet. Aber man höre sie immer zu spät. Jetzt sei inzwischen ein Danaebah entstanden. Seevering schloß mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie dem Woldenauerischen Steuerprogramm ihre Zustimmung nicht geben werde; sie wolle sich auf Neuwahlen einzurichten.

Wieder ein Junctim.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

— Berlin, 15. Juni.

Bei Beginn der Sitzung des Reichskabinetts sprach der Reichsfinanzminister Dr. Brüning dem amnestierten Reichsbankpräsidenten Dr. Luder den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluß der auf Grund des Haager Abkommens gefälligen Anleihe geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, der das Reichskabinett einmütig zustimmte. Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Öffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen.

Ziel dieser Politik ist die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen.

Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, sie in erheblichem Umfang gemindert werden kann. Zu diesem Zwecke ist

das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer harten Bekämpfung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Wirtschaft dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen.

Das Reichskabinett beschloß, die dem in den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Erparnis getroffen hat.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres vor der Befehle frei werdender Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Aufseherverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinigungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinachung der gesamten Le-